

SOZIALBLATT



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das „Sozialblatt“ erscheint mit Wochen. Es ist Substitutions-Organ der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ vordem Reichspräsidenten. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Verlagsbuchhandlung Nr. 240/25, 240/26, 260/5. Vertriebs- und Anzeigenstellen: Mittags von 13 bis 14 Uhr. - Unverlangt eingesandene Manuskripte ist kein Bestehen beizubehalten.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 Mk. Substitutionsgebühr, insgesamt 2,10 Mk. für Abnehmer außerhalb 0,40 Mk. Substitutionsgebühr 2,50 Mk. durch Verleger angesetzt 2,90 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Mk. - Einzelpreis 15 Pf im Einzelnen und 30 Pf im Heftenpreis der 24 Blätter. Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Verlagsbuchhandlung Nr. 240/25, 240/26, 260/5. Postfach 2019. Druck: Druckerei „Sozialblatt“ Halle.

Reichstag am Dienstag / Die Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten

Der Wettlauf der „feinen Leute“

Sie wollen diffidieren / Harzburger Treibereien mit Hitler gegen Reichsfinanzler Schleicher

Der Reichstag tritt am Dienstag zusammen, um die seit langem fällige Regierungserklärung entgegenzunehmen. So hat der Reichsterrat am Freitag beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Präsident Göring dem Reichsterrat ein Telegramm der mitteldeutschen Industrie zur Kenntnis, in dem die Mahnung ausgesprochen wurde, im Interesse der Wirtschaft alles zu tun, um weitere politische Beunruhigung zu verhindern. Dann richtete er die mit stiller Festerkeit aufgenommene Frage an die Fraktionsvertreter, ob jemand eine nachmalige Veränderung des Termins vorschlägt, und als keiner dieses Obdium auffällig nehmen wollte, verständete er, daß es bei dem 31. Januar bleibe. So weit wären wir also.

Es sollen am Dienstag zunächst ohne Debatte eine Anzahl von sozialpolitischen Maßnahmen mit dem Reichspräsidenten abgeklärt werden. Dann soll der Reichsterrat das Wort zu einer Erklärung nehmen. Der Beginn der Aussprache, für die jeder Fraktion drei Stunden zur Verfügung stehen sollen, und in der für die Sozialdemokratie als erster Abgeordneter, ist auf Mittwoch, den 1. Februar, 2 Uhr, festgesetzt.

Die Kommunisten blieben mit ihrem Antrag, nur die Abstimmung über die Wahltrouanträge vorzunehmen, allein. Selbstverständlich werden die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Wahltrouanträge ebenso wie eine Reihe von anderen Anträgen mit der Ausnahme verbunden.

Mit der endgültigen Festsetzung des Beginns der parlamentarischen Arbeiten ist nun aber noch keineswegs politische Klarheit geschaffen. Wir sprechen nicht von der immer noch vorhandenen Möglichkeit einer Vertagung des Reichstags vor der Abstimmung über die Wahltrouanträge. Viel bemerkender ist eine andere Frage.

Der gegenwärtige Reichsfinanzminister Schleicher wird dem Reichspräsidenten am Sonnabendmittag ersuchen, ihm für den so gut wie feststehenden Fall, daß die Regierung keine Mehrheit findet, die Auflösungsbeschlüsse zur Verfügung zu stellen. Wird Herr von Hindenburg diesem Ersuchen entsprechen? Personen und Stellen, die gut unterrichtet sein könnten, sagen nein. Dann würde der Reichsfinanzminister seinen Rücktritt erklären und an seiner Stelle würde berufen werden - ja wer? Hitler, Papen, Schacht oder wer sonst aus dieser Kampfanstalt?

Im Lager der „feinen Leute“ ist ein förmlicher Wettlauf um die Gunst des Reichspräsidenten im Gange. Man wird bald, wenn Sieger bleibt Hitler wird es oder so schon wieder mitmachen! Der Reichsterrat der „feinen Leute“ spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Auch am Freitagnachmittag wurde wieder einmal auf bestimmte Weise, daß das Kabinett der Harzburger Front unter der Führung Papens und mit Billigung Hitlers unmittelbar vor der Tür steht. Aber gleichzeitig erklären die Nationalsozialisten, daß Adolf Hitler seinen Anspruch, auf die Führung und auf die politischen Schlüsselstellungen (Reichswehr und

Reichsinnenministerium) nach wie vor aufrechterhalte.

Man vermag man sich schwer vorzustellen, daß Hindenburg, wenn er schon an sich bereit sein sollte, den ungeliebten Papen zurückzuberufen, so verstanden sein könnte, diesen Mann mit der Zeitung einer Regierung zu betrauen, die nicht einmal der Unterstützung der Nationalsozialisten sicher wäre. Der Sturm der Empörung, dem der Herrenträger vor zwei Monaten weichen mußte, würde in verzeihlicher Gewalt wiederkehren.

Es bliebe die andere Lösung: die Ernennung Hittlers zum Reichsfinanzminister. Inwiefern möchten wir einstweilen nicht annehmen, daß der Reichspräsident seine im November so nachdrücklich vertretene Auffassung, es könne an der Spitze eines Präsidialkabinetts kein Parteiführer stehen, aufgeben habe.

Die verfassungsmäßige Preußenregierung fordert Arbeitszeitverkürzung Fragen der Arbeitsbeschaffung

Die unsoziale Finanzpolitik der „Autoritären“ im Haushaltsausschuß am Dranger

Seitern bestrich der Haushaltsausschuß des Reichstags im Rahmen seiner großen finanzpolitischen Debatte die Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Steuererleichterung.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete mit seinem Stabe, neben ihm das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium und Finanzministerium liegen am Regierungstisch.

Die Debatte wurde durch eine längere Rede des Abg. Reinhardt (Köln), eingeleitet nach den tiefen Worten, daß die Armut der Bevölkerung herkomme: die Verminderung der Arbeitslosigkeit könnte nur durch Vermehrung von Arbeit beseitigt werden, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen könne nur steigen, wenn das Lohnniveau der Volkswirtschaft nachste. Die Kaufkraft müsse gehoben werden wenn die Produktion steigen solle.

Unter großer Aufmerksamkeit des Haushaltsausschusses nahm dann für die preußische verfassungsmäßige Regierung der Ministerialdirektor Dr. Bredt das Wort. Bredts Betrachtung ging davon aus, daß die Größe der finanziellen Einnahmen und die Belastung infolge der Arbeitslosigkeit immer unterhöher werden, weil diese

Kausgaben in Höhe von 3 Milliarden Mark nicht mit realen Größen, die überhaupt defizitieren, verglichen werden. Die gesamten direkten Steuern des Reichs stellen eine geringere Größenordnung dar als jene 3 Milliarden. Ebenso seien die gesamten Zolleinnahmen, Bier- und Tabaksteuererlöse und Verbrauchssteuern weniger als jene Ausgaben!

Nur durch rationelle Verteilung der normalen Arbeit, durch eine andere Entlohnung der Arbeit würde ein ernsthafter Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden können. Die

Verkürzung der Arbeitszeit müsse gefordert vorgekommen werden.

Nur so könnten in Berücksichtigung der heutigen Militärrentenlasten für die Arbeitslosen erspart werden. Dabei müsse man, wenn

Daher wäre es denkbar, daß Schleicher durch die Uneinigkeit der Harzburger zunächst einmal gerettet würde. Doch um welchen Preis? Es heißt, daß der Reichsfinanzminister nicht nur die Auflösungsbeschlüsse, sondern auch die Notverordnung für eine hinauschiebung der Neuwahlen über die verfassungsmäßige Frist hinaus verlange. Man nennt eine solche Maßnahme nicht mehr Verfassungsbruch, man vermeidet auch das Wort vom staatlichen Notstandsrecht, sondern man hat neuerdings die harmlos-schöne und beruhigende Bezeichnung „Bürgerfriede“ gefunden.

So stehen wir vor einer ganzen Reihe von Möglichkeiten, zu denen auch noch die einer Auflösung des Reichstags vor seinem Zusammentritt kommt. Sie alle sind im Grunde genommen in gleicher Weise alarmierend. Sie alle erfordern insbesondere von der Arbeiterschaft a

gespannteste Aufmerksamkeit und eine kampfbereite Vorbereitung für kommende Dinge. Gewißheit über das, was werden wird, können erst die nächsten Tage bringen, aber schon heute sind einige Feststellungen möglich und notwendig. Die eine, daß keine Regierung so wenig zur Beruhigung des Landes beiträgt, keine auch so wenig Autorität besitzt, wie die, die sich mit dem Beiwort autorität schmückt. Die zweite, daß sich an Herrn v. Schleicher, dem Mann, der vor dem der Regierung des Reichs hinter den Kulissen war, wieder einmal das Wort bemächtigt, nach dem sich alle Schuld auf Erden rächt. Und die dritte endlich, daß, welche Regierung auch immer den freieschaffenden Wort aufbringt, den Konflikt mit Volk und Volksvertretung herbeizuführen, sie auf den Widerstand im Lande stoßen wird. Sie wird für die unausbeleblichen furchtbaren Folgen im Inneren wie in der Wirtschaft insbesondere von der Arbeiterschaft a

es notwendig werde, auch über die Kürzung zur Vierzigstundenswoche nach hinaus gehen.

Das alles habe die preußische Regierung in einem feierlich so wenig beachteten Schreiben als politisches Dokument ihrer Auffassung schon vor dreizehntägiger Fahrt der Reichsregierung mitgeteilt.

Abg. Bredt (Köln)

begründet die sozialdemokratische Forderung nach Befreiung der Steuergutschrift als Steuererleichterung und für Einstellungsprämien. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion verlangt von der Regierung genaue Auskunft:

1. Wie viele Arbeitslose habe durch die bekannten Notverordnungsmaßnahmen ihren Anspruch auf Unterstützung verloren.
2. Wie viele Wohlhabensunterstützungsempfänger werden deswegen nicht mehr als Arbeitslose gezählt, weil sie älter als 60 Jahre sind.
3. Wie hoch sei mit der tatsächlichen Ausgabe von Steuergutschriften, jahresmäßig getrennt für beide Arten?

Die Regierung nenne ständig größere Summen für Arbeitsbeschaffung als auch bei optimistischer Nachrechnung sich ergeben. Der Wirtschaftsminister habe von über einer Milliarde Mark gesprochen, die jetzt für Arbeitsbeschaffung bereitgestellt sei, während es höchstens 680 bis 730 Millionen sind. Durch ihre fortgesetzten propagandistischen Veröffentlichungen erzeugt die Regierung falsche Hoffnungen.

Man bekomme von ihr mehr Reben als Laten. Die Sozialdemokratie fordere die ernsthafte Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Zulassung einer Prämienanleihe, um damit das gehortete Geld zu nützlicher Verwendung zu bringen und, soweit die Prämienanleihe nicht ausreicht, werde eine Zwangsanleihe notwendig sein.

Der Wohnungsbau habe nach 1929 rund 330 000 Wohnungen erstellt und 1,5 Milliarden seien dafür aufgewendet worden.

Deswegen gehört der Bau von Kleinwohnungen zu erträglichen Mitteln auch in das Programm für Arbeitsbeschaffung.

Alles in allem kann betont werden, daß es in der Nachkriegszeit keine Finanzpolitik gab, die sich so unsozialen Maßnahmen bald leisten lassen wie die jetzige. Heute ist mehr denn je eine Beschäftigung von der Beschäftigung zur Arbeitsbeschaffung festzustellen, die sich selbst bei Beförderung der Lage verliert. Es ist Unfinn, heute über zukünftige Steuerbelastung entscheiden zu wollen.

Die Aufrechterhaltung der bis ins Innerste gefürchten Unterhaltungsgröße für Erwerbslose bei Dauerzustand der Arbeitslosigkeit ist völlig unmöglich, eine Erhöhung dieser Höhe unannehmlich.

Wenn Abg. Reinhardt von der SPD, heute allgemein die Bürgerlicher beilegen will, so sei ihm entgegengehalten, daß beispielsweise in Anzahl die Regierung eine Bürgersteuer von 900 Prozent einlegt, hat.

Reichskommissar Dr. Gerete wies den Einwand zurück, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung gegen die Interessen der Wirtschaft verstoße. Er wies auch nicht die Gefahr von Inflationsrisiken. Das Bedenken, daß die öffentlichen Ausgaben dem angesprochenen Darlehen keinen Gebrauch machen, sei ungründlich.

Die voranmentioned übersteigen bei der Verfügung stehende Summe um ein Vielfaches. Die Gemeinden würden auf alle Fälle entlastet, da in erster Linie Wohlhabensermehrer für die Ausführung der Arbeiten eingestellt werden müßten. Von der Gesamtsumme von 500 Millionen seien für die Zwecke der Länder und Gemeinden 400 Millionen bestimmt, die neuerdings zur Verfügung gestellt 50 Millionen für Zwecke der Hausreparaturen müßten außerhalb des 500-Millionen-Fonds finanziert. Vor beider Bedeutung für den Erfolg des Sozialprogramms sei keine bedeutsamste Durchführung, für die er sich mit allen Mitteln einlegen werde.

Profess bei Hindenburg

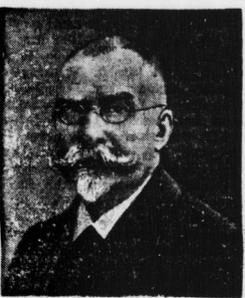
Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist am Freitag beim Reichspräsidenten gegen die Wiederholung des Reichstages wehrlos geworden. Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutscher“, bemerkt dazu: „Eine Regierung haben wir nicht bekommen. Es hat bisher in der deutschen Geschichte noch keine Regierung im Volke eine so tiefgehende Abneigung gefunden als die des Herrn von Papen. Und eine Regierung unter Hindenburgs Schutz und Schirm findet ebensowenig Vertrauen.“

Gerüchte zwischen gestern und heute

Am Freitagabend verbreitete sich in Berliner politischen Kreisen das Gerücht, daß der Reichspräsident dem Reichstag die Genehmigung zur Aufstellung des Reichstages nicht erteilen, Schleicher dann juristisch und noch am Sonnabend von Papen mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt werde. Ein anderes Gerücht betrafte, daß Hindenburg dem Reichspräsident die Genehmigung zur Aufstellung am Sonnabend zurückverweigern, oder auch die für diesen Fall angeforderte Demission des Gesamtkabinetts nicht annehmen werde. Vielmehr solle Schleicher zunächst vor dem Reichstag treten. Erst dann werde sich der Reichspräsident entscheiden, ob er die Aufstellungsbefehle erteile oder nicht.

Carl Ulrich

Am heutigen Sonnabend vollendete unter Beifall vieler Carl Ulrich, schon im Kaiserreich zum Freund und Freund überholt, „der rote Großherzog“ genannt, womit seine ungewöhnliche Popularität im Volkland getrennt wurde, im 80. Lebensjahr in körperlicher und geistiger



Frühe. Wie fast alle unsere alten Führer ist auch Ulrich in besten Sinne des Wortes „ein selbstgemachter Mann“. Vermittliche Verhältnisse entspringen, hat ihm nur die Volksschule sein geistiges Nahrung auf den Lebensweg gegeben, als Schloffer und Dreher ging er Anfang der vierziger Jahre auf die „Walze“ und schon im Jahre 1875, als 22jähriger, übernahm er die Redaktion des sozialdemokratischen „Neuen Offenbacher Tageblattes“, dem er von 1879 an als Geschäftsführer vorstand. In den Stürmen des Sozialkämpfers bekam auch er sein Teil ab, unter vielen Freiheitsstrafen haben wir nur die neunmonatige Gefängnisstrafe hervor, die ihm 1886 im Freiburger Sozialistenprozess gemeinsam mit Bebel und Kautz zugebilligt wurde. Er übte sie mit ihnen in Jandau ab, und alle drei sind lebenslangliche Freunde geblieben. Seine parlamentarische Tätigkeit begann er 1885 in der zweiten Reichstageskammer, sie dauerte hier an, bis die Revolution dieses alte Institut begrub. Inzwischen führte er als Offenbacher Stadtverordneter seine öffentliche Tätigkeit an, er war zum ersten Male in den Deutschen Reichstag ein, dem er mit der kurzen Unterbrechung von 1903 bis 1907 36 Jahre lang angehörte. Bis die Umwälzung 1918 die Sozialdemokratie in die erste Kammer rückte, wählte ihn der Arbeiter- und Soldatenrat und später die Volkstammer zum Ministerpräsidenten des heiligen Volksrates mit dem Titel „Staatspräsident“, und so konnte er auch hier noch einmal ein Jahrzehnt hindurch der Arbeiterklasse dienen.

Aus dem Reichstag ist Ulrich erst im Jahre 1920 ausgeschieden, die Fortführung seiner Arbeit hingen in Händen überlappend. Aber noch heute gehört der Gedanke des Allen der Bewegung, die sein ganzes Leben erfüllt hat. Wir können ihm ein solches 80. Geburtstag, daß er den neuen Aufstieg dieser Bewegung weiter in voller Frische mit erleben möge.

Hittler als Feuerprobe

Gegen den Riefenbrand in der fränkischen Nazi-Partei

Eigener Bericht

München, 27. Januar.

Hittler hat für Montag sein persönliches Erscheinen in Nürnberg angelehnt. Er will gemessen die Feuerprobe bestehen. Um die Riefenbrand in der fränkischen Nazi-Partei zu löschen.

Neuerdings beginnt sich auch der Nazi-Paragraf

unter den Studenten zu vernehmen und in die Bücher zu schlagen. Die Schulungsabende der Erlanger NS-Studenten sind bereits wegen Mangel an Beteiligung eingestellt worden. Trotz aller Kampfereien bleiben die Studenten an Einzelne schreiben nicht einmal die ihnen anvertrauten Sammelblätter ab. Es ist bezeichnend für die Hitler-Studenten, wenn ihnen in einem dieser Kampfereien gelang wird, sie seien Schüler, die sich jetzt von Hitler abwenden, weil die Spekulation auf die versprochenen Posten fehlgeschlagen ist.

Praktischer Vorschlag

Sozialdemokratie fordert Hilfe für Notleidende und Landwirtschaft

Im Reichstags Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion gegen die Kontingentierung des Getreides, die Reichsregierung folgenden Antrag eingebracht:

„Die volkspolitischen und Kontingentierungsgesamtheit der Reichsregierung haben den von der Landwirtschaft ersonnenen Vorschlag nicht gebilligt. Die erwünschte Abfederung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird erst gelöst sein, wenn diese Erzeugnisse den notleidenden Massen durch Reichsunterstützung zugeführt werden. Nur ein Teil der großen Mittel aus der D.H.M., die dem unheilbaren Großgrundbesitz zur „Sanierung“ freigelegt werden und deren Verwendung heute in einem öffentlichen Skandal geworden ist, würde ausreichen, um allen Unterhaltungsempfängern neben ihrer getöhlten Unterhaltung eine Zusatzunterstützung von Brot, Milch, Fleisch, Butter usw. zu gewähren. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme bedarf bei der Anerkennung und sich steigenden Verdringung unseres Volkes, das bei den zum Verfall gekommenen, Viehställen, Ecken und Läden darben muß, keiner weiteren Begründung.“

Der Antrag sollte daher beschließen das Staatsministerium zu erlauben, auf die Reichsregierung einzurufen, allen Unterhaltungsempfängern, um diese und der Landwirtschaft zu helfen, zu helfen, zusätzlich Brot, Butter, Milch usw. zu gewähren, und die Mittel hierzu aus der D.H.M. zur Verfügung zu stellen.“

Angestellte warnen!

30. gegen den Abbau der Arbeitslosenhilfe!

Die Pläne zur Neuordnung der Arbeitslosenhilfe, die dem Beirat des Zentralverbandes der Angeestellten, der in Hannover zu den kommenden sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nahm, Veranlassung eine ernste Warnung an die Reichsregierung zu richten. Am 20. Januar von 200 000 kaufmännischen und Büroangestellten erhoben Verbandsvorstand und Beirat härtesten Protest gegen die anhaltende Verschlechterung der Arbeitslosenhilfe, die sich automatisch durch die Heberführung von Unterhaltungsempfängern aus der Versicherung und der Arbeitslosenhilfe in die Armenfürsorge ergibt.

Verbandsvorstand und Beirat erinnern die Regierung von neuem an die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Forderungen: Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und Hilfe in der Notlage daran ist, daß von der Einleitung des Unterhaltungsantrags durch die Selbstständigkeitsprüfung die Angeestellten am härtesten betroffen werden. Nach den amtlichen Feststellungen seien bei den arbeitslosen Angeestellten über ein Drittel von der Unterhaltung ausgeschlossen.

Der Zentralverband der Angeestellten kann eine erlaunliche Krisenfestigkeit aufweisen. Er konnte alle Unterhaltungen unverändert leisten und hofft so auch in Zukunft tun zu können. Seine Mitgliedererwerber sind trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit sehr gering.

Schüsse auf Polizei?

Eigener Bericht

Dresden, 27. Januar. Amtlich wird zu den blutigen Vorgängen im Regierheim in Dresden mitgeteilt, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine gerichtliche Augenheilmahme durch das Amtsgericht Dresden im Saale des Regierheims ver-

anlagt worden ist. Die unter Aufsicht eines bedingten Schießsicherheitsbehörden aufgefunden hat. Danach sind mehrere Schießsicherheitsfälle am Pöhl und auf dem Jüdischen Saale festgestellt worden. Bei einem dieser Schüsse ist ein Schützling verunglückt, daß er bei der Richtung der rechten Hand des Schützen abgegeben worden ist. Es handelt sich um einen Schützling aus einem Revolver älterer Konstruktion, welcher 11 Millimeter, dessen Schußloch im Parteil des Saales am Jüdischen Saale befindet.

Sachsenlandtag vertagt

Eigener Bericht

Dresden, 27. Januar. Entgegen dem sozialdemokratischen Antrag, die Landtagsdebatte über die blutigen Ereignisse in Dresden am Freitag fortzusetzen, hat Landtagspräsident Gatzert die nächste Landtagsitzung erst zum 31. Januar einberufen. Der deutsche nationale Präsident hat darüber auch dem Reichsausschuß die Möglichkeit genommen, sich rechtzeitig mit der Reichsregierung und ihren freirechtlichen Folgen zu beschäftigen.

Was ein Nazi-betrüger sagt

„Warum soll es nur den Hitler-Bonzen gehen?“

Eigener Bericht

Gera, 27. Januar. Der heilige Naziamtsgerichtsrat Dr. Lehmann mußte als Vorsitzender des Greiser Schmeißgerichts seinen Pj. und St. Mann S. Schürer wegen fortgesetzten Betrugs zu drei Monaten Gefängnis verurteilen.

Schürer hatte sich eine seine NS-Uniform zu gekauft, wählte im besten Hotel und sammelte bei den reichen Pj. von Gera und Greis in der hiesigen Sammen für die armen NS-Genossen. Das Geld vertrieb er. Als ihn der Nazibüro in der Verhandlung nach dem Grund seiner großen Betrügereien und Hochverrats fragte, antwortete der Angeklagte: „Warum sollen nur unsere Bonzen gut und lieb leben?“

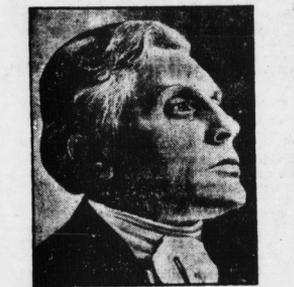
Regierungsturz in Frankreich

Das Kabinett Paul-Boncour von der Kammer gestürzt

Die Kammer hat die Regierung Paul-Boncour am 7. Uhr morgens mit 390:193 Stimmen gestürzt, da sie auf der Annahme des Artikels 6 der Regierungsvorlage bestand, der eine Sprengung der Erhöhung der indirekten Steuern vorsieht.

gestritten in diesem Punkt machen wollten. Paul-Boncour und Chéron verlangten aber in mehreren Interventionen die Annahme. Sie fanden dabei die Unterstützung Herriots, der erklärte, die Stunde eines chirurgischen Eingriffs sei gekommen.

als ein politisches Mandat, das nur dann beibehalten sei, die Kabinett von den Sozialisten zu trennen, um den Weg für eine Konzentrationsregierung freizumachen. Damit hat Blum, ohne den Namen Herriot auszusprechen, zugleich dem früheren Ministerpräsidenten einen Schlag versetzt; denn auch Herriot stand im Begriff auf eine Konzentration politisch hinzuzutreten.



Paris, 28. Januar. (Eig. Draht.) Die Sozialisten hatten gemäß Beschluß der Finanzkommission die Ablehnung dieses Artikels beantragt, da sie keinerlei Kon-

Die Staatsfinanzen müßten saniert werden, wenn nicht eine Panik im Lande ausbrechen sollte. Man müßte daher von allen Franzosen Opfer fordern, aber die Ablehnung dieses Artikels von der Kammer und einem großen Teil der Radikalen unterläßt. Die Regierung stellte daraufhin die Vertrauensfrage gegen die Ablehnung. Die Ablehnung endete mit dem Sturz der Regierung. Die Kammer vertagte sich auf Dienstag.

Leon Blum entlarvt die Saboteure einer gerechten Finanzsanierung

Paris, 27. Januar.

Leon Blum hat am Freitagvormittag während der Finanzdebatte in der Kammer eine Rede zur Finanzpolitik gehalten. Blum festlegte zunächst den Widerspruch der gemäßigten Rechtsparteien und die von ihnen im Lande entfesselte Kampagne gegen die von der Finanzkommission ausgearbeitete Finanzsanierung.

Der Sozialistenführer wies in seiner Rede ferner darauf hin, daß alle von den Sozialisten vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen den Beschülften der radikalen Kongresse entsprächen, und er warnte die Radikalen davor, auf die Spaltungsmomente der gemäßigten Rechten einzugehen. „Die Mehrheit“, so schloß er seine Rede, „hat jetzt ihre Probe zu bestehen. Es war vorzuziehen, daß große kapitalistische Kräfte eines Tages eine Art Intervention zwischen der bei den Wahlen gegnerischen Parteien durchzuführen müßten. Ich habe den besten Wunsch, daß in diesem kritischen Augenblick der Wille der Mehrheit nicht vergessen noch verkannt wird. Was aus Sozialisten anbetrefflich, werden wir alles tun, um aus dieser Kammer auf dem Gebiet der Gerechtigkeit und des Friedens alle Möglichkeiten herauszuziehen, die der Volkswille ihr übertragen hat.“

Blums Rede rief einen ungeheuren Beifallssturm hervor. Um weiteren Verlauf der Sitzung versuchte der Zerbien-Gruppe angehörende frühere Finanzminister Reynaud durch heftige Angriffe gegen Chéron und gegen die Beschülften der Finanzkommission die Radikalen von den Sozialisten zu trennen. Dieser Versuch hatte das Ergebnis, daß Chéron, über die Angriffe Reynauds empört, erklärte, er wünsche, daß die Kammer der Staatsfinanzen von der republikanischen Mehrheit durchgeführt werde, der er sich im Interesse des Landes zur Verfügung gestellt habe.

Während der Sitzung sprach eine Delegation des von den Sozialisten gebildeten Arbeitsausschusses mit Chéron und Paul Boncour die noch stiftigen Punkte der Finanzsanierung. Der Finanzminister erklärte sich unter der Bedingung zu Konzeptionen bereit, daß bei den Parteien der gleiche Beschlußfassung bestehe.

Gerüchte um Wels-Reise

Erholungsurlaub — kein Rücktritt von der Parteiführung

Die Meldungen betrügerischer und kommunistischer Blätter, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, schwer erkrankt sei und deshalb sein Rücktritt von der Parteiführung erzwungen werde, sind falsch. Otto Wels hat dieser Tage an ärztliche Anordnung einen Erholungsurlaub angetreten, von dem er bald wieder an die Spitze der Partei zurückkehren wird.

In polnischer Spionagehaft

Deutscher Gewerkschaftsbeamter schwer gefährdet

Breslau, 27. Januar.

Ingenieur Jacobs-Gleiwitz, Bezirksleiter des DADB, ist in polnische Haft geraten; ihm droht ein Spionageprozess.

Jacobs wurde kürzlich in der Nähe von Kuda bei einem Grenzübertritt verhaftet. Jacobs wollte an der Grenze einige für eine unpolitische Berliner Wochenzeitung bestimmte Maschinen anfertigen. Er geriet dabei in Verdacht zwischen Warschau und den Verbotswachen in Hindenburg beziehentlich über die Grenze. Ein polnischer Zöllner, der Jacobs offenbar schon eine Zeitlang beobachtet hatte, verhaftete den Anwalt. Jacobs wurde zunächst in das Gefängnis Schopenhagenshof und weiter in das Ratowitzer Spionagegefängnis geschickt.

Wie jetzt bekannt wird, hat die polnische Justiz gegen den Verhafteten ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet. Alle Bemühungen der deutschen freien Gewerkschaften und der deutschen

Genossen in Polnisch-Oberschlesien um Freilassung Jacobs waren bisher vergeblich. Es verläßt sich der Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft Ratowitz aus der harmlosen Grenzüberführung und einer ebenso harmlosen Besichtigung eine große Staatsaktion machen will.

Völlig ist, daß die vom Ratowitzer Untersuchungsgericht entwickelten Pläne ausnahmslos verworfen sind.

Das Untersuchungsmaterial des Verhafteten ist von der polnischen Anklagebehörde also bereits sorgfältig verarbeitet worden. Bei einer weiteren Haftentlassung Jacobs, der übrigens seit Jahren als Freund des deutsch-polnischen Verbändungsgebändens bekannt ist, dürfte kaum zu rechnen sein.

In diesem deutschen Gewerkschaftsfunktionär, dem nichts ferner liegt als Spionage, will die Staatsanwaltschaft Ratowitz sich wieder einmal als Retterin Polens erweisen.

Kommunisten gegen Einheitsfront

Abschluß eines Richtungsgriffpattes wird von ihnen abgelehnt

Das Notwend der Jugend
Zu dem Notwend der Jugend nahm am Donnerstag...

Wenn man die kommunistische Presse und literarische Blätter liest, sollte man meinen...

Auch in Reich haben sich die Kommunisten in offener verächtlicher Weise betätigt...

Die in ihre Reichshalle am SPD einberufene öffentliche Volksversammlung...

Diese Entschädigung wurde denn auch mit überwältigender Mehrheit angenommen...

der Verhöhnung, die gar nicht verlangt, daß gegenteilige Meinungen unterdrückt werden...

Die Sozialdemokratie gibt bei jeder Gelegenheit zu erkennen, daß sie gewillt ist...

Und so wie in Weissenfels bei der Vorherwahl im Stadtparlament, wie in Gohennau bei der Bürgermeistereiwahl...

Aus dem „Arbeiterparadies“

Wenna. Die Wahrheit über Ausland löst sich nicht mehr unterdrücken...

erhöht. Zwar verurteilten Kommunisten auch über zu führen, zu welchem Zwecke sie sogar eine...

Der Nordfall Weizert
Jüngsten Zu der Vorunterstützung...

Der überlistete Fluchtflüster
Der belagerte Fluchtflüster bemerkt in später Nacht...

Täglich vernagt
Riegelroda. Hier vernagt die Bergmann Franz Rietz...

Saalkreuz
SPD Ortsverein Ammendorf
Die Gemeindevorsteherwahl Einheitsfront oder Parteiamend...

Oeffentl. Einwohnerversammlung
Redner: Landtagsabg. Franken (Zeig)
Alle Einwohner sind frdl. eingeladen

Die Stellungnahme der Gewerkschaften

Theaterverein Merseburg. Wie wir bereits bekanntgemacht haben, findet die Aufführung...

Kommunisten vom Reichstag
Der 36. Jahre alte Sozialist Otto Schöner...

Wette Wenden
Die Partei Genossen!
Beachtet die Versammlungstermine

Lieder-Abend Marten
Die Robert-Franz Singakademie in Halle...

Das Programm enthält durchaus erste Lieder, eine oerwählte Vortragsfolge...

Die als Abschlus gebracht 5 Lieder des belhellen Kompositionen...

Am nächsten Freitag beendete Friedrich Hoff diese merkwürdigen, mit feinsten...

Wochenplan des Stadttheaters
Heute, Sonnabend, 20 Uhr, zum ersten Male...

Demn Vortritt kommt ins hallische Stadttheater...

Am kommenden Sonntag geht unter der Regie...

Geld ohne Arbeit
Hallische Erwerbslosenhilfe.

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler, die eine Erwerbslosenhilfe...

nach dem Tode einen alle menschlichen Schwächen seiner Familie aufzudecken...

Die Premiere der Operette „Der Studententrip“...

Am kommenden Sonntag geht unter der Regie...

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

Wenn die Liebe Rede macht
Ufa, Aile Pionemabe.

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

Wenn die Liebe Rede macht
Ufa, Aile Pionemabe.

netten mit Einflüssen? Die bezogen so eine Transaktion im Hundemerk...

Ein reichhaltiges Programm ist besonders zu registrieren...

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

Die Rotameinschaft hallischer Bühnenkünstler...

